

Henning Nase / Jörg Roesler / Gunnar Winkler

## Das Europa der BürgerInnen

Die Europäische Union im Alltag  
Mit einem Vorwort von Hans Modrow

196 Seiten | 2003 | EUR 12.80 | sFr 23.20  
ISBN 3-89965-027-1 1



Die Studie analysiert die Politiken der Europäischen Union und ihre Wirkungen auf die Sichtweise und den Alltag der Bürger.

Die Politik der Europäischen Union greift tief in das Alltagsleben der Menschen ein. Mit der Osterweiterung wird ein weiterer, historischer Schritt im Zusammenwachsen der Völker Europas getan. Gleichwohl hält sich die Begeisterung über die anstehenden Veränderungen in Grenzen, ja, sie werden von der überwiegenden Zahl der Bürgerinnen und Bürger kaum wahrgenommen. Fehlende Kenntnisse über Struktur und Funktionsweise der EU, die Einschätzung von mangelnder Durchschaubarkeit und Wirksamkeit

europäischer Politik für die eigenen Lebensverhältnisse und schließlich die eingeschränkte demokratische Legitimität der Politik der EU sind Gründe für dieses Desinteresse.

Am Beispiel der ostdeutschen Bundesländer, die über Erfahrungen mit einem EU-Beitritt verfügen, wird deutlich, welche Probleme die Osterweiterung mit sich bringen wird. Schließlich geht es in der Studie um Alternativen zum durch Konkurrenzdruck und Zukunftsangst geprägten kapitalistischen Alltag in Europa. "So soll diese Veröffentlichung mithelfen, mehr Informationen und Erkenntnisse über die EU zu vermitteln, und dazu beitragen, alle Bemühungen der PDS im europäischen Kontext mit den konkreten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zu verbinden und linker sozialistischer Politik weitere Handlungsspielräume zu eröffnen." (Hans Modrow im Vorwort)

Zu den Autoren: **Hans Modrow** ist Mitglied des Europäischen Parlaments, Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke; **Henning Nase** ist Diplom-Soziologe; **Jörg Roesler** ist Lehrbeauftragter im Fach Volkswirtschaft an der Universität der Künste in Berlin-Charlottenburg; **Gunnar Winkler** arbeitet im Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.

### Leseprobe 1

Hans Modrow

Geleitwort Es ist unumstritten, dass sich die Europäische Union mit ihrer Erweiterung von 15 auf 25 Mitgliedsstaaten in einem Prozess von historischer Bedeutung befindet. Was die Zahl der unter einem Dach vereinten Länder, die räumliche Ausdehnung und die wirtschaftliche Potenz betrifft, so hat es in der langen europäischen Geschichte nichts Vergleichbares gegeben. Und dennoch hält sich die Begeisterung über diesen historischen Schritt in Grenzen, ja, er wird von der überwiegenden Zahl der Bürgerinnen und Bürger kaum wahrgenommen – und dies, obwohl er mit tiefgreifenden Veränderungen in das Alltagsleben aller verbunden ist. Der ausschlaggebende Grund für dieses Desinteresse liegt darin, dass der Erweiterungsprozess in allen Phasen – vom Beginn der Verhandlungen bis zur Unterschrift unter den Beitrittsvertrag – von oben gestaltet wurde und gestaltet wird. Hauptakteur war und ist die Europäische Kommission, das ausführende Organ bildeten die jeweiligen nationalen Regierungen in den Bewerberländern, die in den Jahren der Beitrittsverhandlungen mehrfach gewechselt haben. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente durften den Prozess begleiten – maßgeblichen Einfluss darauf hatten sie nicht. Dreh- und Angelpunkt der sich über mehrere Jahre streckenden Verhandlungen war die vollständige Übernahme und die minutiöse Umsetzung des Gemeinsamen Besitzstandes der EU durch die Kandidatenländer, also jenes beständig wachsenden Berges an Gesetzen, Richtlinien, Verordnungen und Standards, welche sich die EU im Laufe der Zeit gegeben hat. Die Anerkennung und Annahme dieser Festlegungen war sozusagen die Eintrittskarte in die sogenannte europäische Wertegemeinschaft. Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den Begründern der EU – damals noch Montanunion –, sie ist die treibende Kraft der Erweiterung und hat zusammen mit Frankreich auch alle Phasen der Entwicklung der Union ausgehandelt und wesentlich vorgezeichnet. Durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurde mit der DDR zum ersten Mal ein Staat der einstigen sozialistischen Staatengemeinschaft gleichsam über Nacht Teil der Europäischen Union.

Deshalb erscheint es nützlich, die dabei gesammelten Erfahrungen in Hinblick auf den Beitritt der mittelosteuropäischen Staaten näher zu betrachten. Dieser Schritt war zunächst und vor allem mit einer Währungsunion verbunden, d.h. der Übernahme der D-Mark als alleiniges Zahlungsmittel am 1. Juli 1990, Monate vor der eigentlichen staatlichen Vereinigung. Von Bonner Politikern wurde dies als ein »Geschenk« an die 17 Millionen Bürgerinnen und Bürger der DDR gepriesen. In der Tat mochte sich die oder der eine oder andere auch mit dem »Westgeld« in der Tasche so gefühlt haben, doch tatsächlich setzte damit ein Prozess der radikalen Umstülpung der Eigentumsverhältnisse ein. Die noch während meiner Regierungszeit im März 1990 geschaffene Treuhandanstalt hatte den Auftrag, das Volkseigentum zu bewahren und die Besitzverhältnisse den Bedingungen der hereinbrechenden kapitalistischen Marktwirtschaft anzupassen. Doch unter dem von Bonn ausgeübten politischen und wirtschaftlichen Druck kehrte sich diese Zielstellung rasch in ihr Gegenteil um, schon ab Juni ging es nur noch darum, das vorwiegend staatliche Eigentum rasch und vollständig in die Hände westdeutscher Konzerne, Banken und Versicherungen zu überführen. Am Ende gingen 85% des DDR-Besitzstandes an westdeutsches, 10% an ausländisches Kapital und ganze 5% an Bürger der DDR. Damit war nach dem Grundsatz Privatisierung vor Sanierung, Rückgabe vor Entschädigung der Besitzstand der EU auf die DDR und, wie es heute heißt, auf die »neuen Länder« übernommen. Um diesem beispiellosen Raubzug den Anschein der Legitimität zu geben, wurden ab Mai 1990 alle notwendigen Gesetze und Regelungen durch die »erste freigewählte Volkskammer der DDR« gepeitscht und damit die Übernahme des Gemeinsamen Besitzstandes der damaligen EG in einem bislang nicht gekanntem Tempo vollzogen. Der Alltag der Bürgerinnen und Bürger der alten DDR begann sich gravierend zu verändern. Mit der »harten« D-Mark konnte man reisen, wohin man wollte, sich Dinge leisten, die sonst unerreichbar gewesen wären. Westdeutsche Unternehmen – von den großen Konzernen bis zum letzten Gebrauchtgüterhändler – überschwemmten den Markt. Und während ihr Geschäft blühte, ließen die von Kanzler Kohl versprochenen blühenden Landschaften auf sich warten. Durch die Umstellung auf die D-Mark und einen nicht den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechenden Wechselkurs brachen reihenweise Betriebe unter dem Konkurrenzdruck zusammen, es kam zu Massenentlassungen, deren soziale Auswirkungen in der ersten Phase noch durch gewaltige Transferzahlungen aus der alten BRD abgefedert wurden. Zudem rechneten die Betroffenen darauf, dass im Zuge des Aufschwungs neue Arbeitsplätze entstehen würden – eine Fehlrechnung, wie sich bald erweisen sollte. Angesichts des Rückstandes in der Arbeitsproduktivität und der technischen Ausrüstung der alten DDR, deren Wirtschaft über Jahrzehnte vorrangig auf die östlichen Märkte ausgerichtet war, die über Nacht wegbrachen, waren die Bedingungen für eine erfolgreiche Aufholjagd nicht gegeben. Ungeachtet von Transferleistungen und EU-Fördermitteln in Milliardenhöhe sind auch heute, fast 13 Jahre nach der staatlichen Vereinigung, die neuen Länder von einem selbsttragenden Aufschwung weiter entfernt denn je. Die EU trägt dieser Tatsache Rechnung, indem sie bei der Bewertung der sozial-ökonomischen Situation das Gebiet der alten DDR in die Kategorie der Ziel-1-Gebiete mit Anspruch auf die höchste Förderstufe einordnet. Ungeklärt ist indessen, wie sich die Einstufung gestaltet, wenn mit dem Beitritt der zehn neuen Staaten, deren Pro-Kopf-Einkommen weit unter 75% des EU-Durchschnittes liegt, die Strukturhilfe neu austariert wird. Die Etablierung der bürgerlichen Demokratie im Osten Deutschlands bedeutete einen Zugewinn an individuellen Freiheiten und Rechten im Alltag der Bürgerinnen und Bürger, den ich keinesfalls gering schätzen möchte. Bei aller Kritik an den bestehenden Verhältnissen gibt es wohl kaum jemanden, der sich die DDR, so wie sie war, zurückwünscht. Auf der anderen Seite stehen den Zugewinnen Verluste und Defizite gegenüber, die den Alltag der Bürger überschatten. Auf dem Gebiet der alten DDR schwankt die offiziell ausgewiesene Arbeitslosigkeit zwischen 16 und 20%, ganze Regionen sind durch das Wegbrechen traditioneller Erwerbszweige faktisch deindustrialisiert. Die Ungleichheit in der tariflichen Entlohnung und Mehrarbeit bei geringerer Bezahlung wurde zur Regel erhoben, Rentenansprüche Ost und Rentenansprüche West werden vom Gesetzgeber ungleich und ungerecht bewertet, die juristische Verfolgung von einstigen Hoheitsträgern der DDR hat noch immer kein Ende, und dies alles, obwohl im Grundgesetz die Gleichheit der Bürger und das Recht auf gleiche Lebensverhältnisse festgeschrieben ist. Für die EU waren diese eklatanten Benachteiligungen, die gegen ihren eigenen Wertekanon verstoßen, im Grunde nie ein ernsthaftes Thema. Wenn sich der Europäische Gerichtshof damit auseinander setzen musste – wie bei der Überprüfung von Gerichtsprozessen gegen DDR-Bürger –, dann wurden die Unrechtsurteile nicht kassiert, sondern faktisch bestätigt. Wie in den meisten anderen Ländern auch, kennzeichnen Vorbehalte und Desinteresse das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger der alten DDR gegenüber »Brüssel« als Synonym für die EU, was sich bisher auch in einer niedrigen Beteiligung an den Europawahlen niederschlug. Im Juni 2004 werden die Menschen in den neuen Ländern zum dritten Mal zur Wahl des Europaparlamentes aufgerufen sein. 1994, als sie erstmals antrat, scheiterte die PDS an der Fünf-Prozent-Klausel, doch 1999 zog sie bei 5,7% mit sechs Abgeordneten – drei Frauen und drei Männern – in das Europäische Parlament ein. Nun steht sie – nach der schweren Niederlage bei den Bundestagswahlen im September 2002 – vor der zwingenden Notwendigkeit, wieder und möglichst gestärkt ins Europaparlament einzuziehen. Leicht wird das nicht werden, doch noch sind die Chancen dafür real vorhanden. Die vorliegende Studie, welche die EU im Alltag ihrer Bürger aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet, beleuchtet und analysiert, soll dazu einen Beitrag leisten. Henning Nase gibt eine Übersicht über die hauptsächlichen Politiken der EU, die mit ihrer Übernahme und Anwendung in den Mitgliedsstaaten bis tief in den Alltag der Bürgerinnen und Bürger hinein wirksam werden. Mehr als zwei Drittel der Gesetze und Verordnungen in den Ländern der EU gehen auf Entscheidungen zurück, die »in Brüssel« getroffen wurden. Das häufig genannte

Beispiel für die Größe und die Form der Gurken, die auf den Markt kommen dürften, ist gewiss extrem, aber ein Indiz für die Regelungsmanie der Brüsseler Bürokratie ist es schon. Brüssel ist der Sitz der Europäischen Kommission, an deren Spitze ein Kollegium von 20 Kommissaren steht, dem rund 20.000 Beamte zuarbeiten. Andere Institutionen der EU haben ihren Sitz in Luxemburg oder Strasbourg, das noch immer höchste Organ der Union – der Europäische Rat der Regierungschefs – tagt im Rotationsverfahren in den Ländern, die für jeweils sechs Monate die Präsidentschaft ausüben. Der hauptsächliche Tagungsort des 626-köpfigen Parlaments ist Strasbourg, wo in der Regel monatlich eine Sitzungswoche stattfindet, zu sogenannten Minisitzungen kommt man in Brüssel zusammen, wo auch die Arbeit der Fraktionen und der Ausschüsse erfolgt. Die EU verfügt über einen im Wesentlichen aus Beiträgen der Mitgliedsstaaten gespeisten Haushalt im Umfang von rund 100 Milliarden Euro, auf dessen Verteilung das Parlament nur bedingt Einfluss hat. Der Löwenanteil der Mittel – etwa 45% – fließt in den Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik in Form von Direktzahlungen an die Erzeuger und Subventionen, beispielsweise für verbilligte Exporte. Frankreich, aber auch Deutschland und Großbritannien, sind die Hauptprofiteure dieser Zuwendungen, die inzwischen bis zu 80% der Einkünfte der Bauern ausmachen. Es wäre recht und billig, wenn die Bauern in den Beitrittsländern, die wie zum Beispiel Polen über einen hohen Anteil in der Landwirtschaft Beschäftigter verfügen, ungeschmälert in den Genuss der Direktzahlungen kämen. Doch da dies einerseits den viel zu eng gesteckten Finanzrahmen für die Erweiterung sprengen würde, andererseits Länder der Alt-EU nicht auf ihren Besitzstand verzichten wollen, wurde ein Verfahren entwickelt, nach dem die Beitrittsländer – beginnend mit 25% – erst im Jahre 2013 in den vollen Genuss der Zuwendungen kommen sollen. Doch auch das ist noch graue Theorie, da die Gemeinsame Agrarpolitik einer Reform unterzogen werden soll. Und offen ist auch, ob die Beitrittsstaaten Willens sind, die offenkundige Diskriminierung dauerhaft hinzunehmen. Scharfe Kontroversen zeichnen sich zusätzlich auf anderen Gebieten ab, auch wenn sie im Unterschied zur Agrarpolitik nicht zu den Gemeinschaftsaufgaben gehören, sondern in nationaler Verantwortung liegen. Das gilt vornehmlich für die Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik. In der Bundesrepublik Deutschland ist eine heftige Auseinandersetzung über die von Bundeskanzler Schröder betriebene Reformpolitik in den sozialen Bereichen entbrannt. Am schärfsten und klarsten äußern die parlamentarischen Linken in der SPD selbst die Kritik an der neoliberalen Orientierung, während sich die PDS schwer tut, sich als Partei der sozialen Gerechtigkeit zu artikulieren. Wenn vom sozialen Europa im Rahmen der EU gesprochen wird, aber zugleich der antisoziale Kurs der deutschen Regierung, dem schon bald andere Staaten folgen dürften, nicht gebremst wird, dann erweist sich die viel gepriesene soziale Verantwortung der EU als eine Worthülse. Nicht umsonst sträuben sich die konservativen Kräfte mit Händen und Füßen dagegen, dass grundlegende soziale Rechte in die entstehende europäische Verfassung aufgenommen werden und damit Rechtsverbindlichkeit erlangen. Es ist im Gegenteil so, dass die Interessen der Konzerne und Banken an maximalen Profiten mit neoliberaler Politik auch im Rahmen der EU bedient werden, während Demokratie, Gleichheit und gerechte Verteilung der Lasten auch im sozialen Bereich unter die Räder kommen. Linke Politik muss hier entschlossen – auf eine Massenbasis und auf realistische Alternativen gestützt – gegensteuern, sonst verdient sie diesen Namen nicht. Prof. Jürgen Roesler beschäftigt sich in seinem Beitrag mit den Problemen der Region Brandenburg unter den Bedingungen der Erweiterung der EU und speziell der Regionen an der Grenze zu Polen. Ausführlich geht der Autor auf die Risiken und Chancen ein, die sich durch die Ausdehnung der Union über die Oder-Neiße-Grenze ergeben. Jürgen Roesler ist bemüht, Schwarz-Weiß-Malerei zu vermeiden, wirkliche bestehende Probleme, Widersprüche und Konflikte aufzuzeigen und Schlussfolgerungen für bessere Lösungen anzubieten. Die notwendige Werbung für eine »Pro-Osterweiterungs-Stimmung« darf nicht zu Sorglosigkeit oder Blindheit gegenüber vorhandenen oder entstehenden Problemen führen, warnt der Autor, der zugleich dazu auffordert, auch der um sich greifenden Resignation zu widerstehen. Ein unschätzbare Vorteil der Studie besteht darin, dass vielfältige Anregungen und Schlussfolgerungen für PDS-Politik in ihr enthalten sind, um dem eigenen Credo, Partei im Alltag der Bürger zu sein, auch im Rahmen der Entwicklung und Erweiterung der EU besser gerecht zu werden. Es lohnt sich daher, die hier gebotenen Anregungen in allen Landtagsfraktionen der PDS, aber auch vor Ort in den Kreisen und Kommunen besonders der Grenzregionen gründlich zu beachten. Es ist nicht verwunderlich, dass die Affinität gegenüber der EU zwischen dem Osten und dem Westen der BRD differiert, selbst innerhalb Berlins sind die Unterschiede deutlich zu sehen, was sich einfach aus der Geschichte, Tradition und Sozialisation erklärt. Für die Europawahlen ergibt sich daraus ein besonderer Anspruch an die PDS: Ihr hauptsächliches Wählerpotenzial befindet sich auf dem Gebiet der alten DDR. Die Teilnahme an den Wahlen und das Votum für die PDS-Kandidaten hängen im Allgemeinen von dem Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zur EU und im Besonderen davon ab, wie die Partei linke europäische Politik betreibt. Wähler für eine linke sozialistische Partei zu gewinnen, wird nicht einfach dadurch gelingen, dass man eine undifferenzierte Pro-EU-Stimmung verbreitet – umgekehrt ebenso wenig durch eine Blockadehaltung. Die Forderung nach Demokratie und Transparenz innerhalb der Union muss mit einer konstruktiv-kritischen Distanz verbunden sein; der in ihren Grundzügen neoliberalen Politik der EU müssen alternative Konzepte für soziale Gerechtigkeit entgegen gestellt werden. Gunnar Winkler veröffentlicht bereits seit Jahren aufschlussreiche Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Forschung über die soziale Lage und die Haltung der Bürgerinnen und Bürger in den ostdeutschen Ländern nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. In der vorliegenden Studie wird die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger der neuen Länder über alle Ebenen, von den Kommunen über Land und Bund bis zur EU, empirisch erfasst und die Ursachen für bestimmte Verhaltensmuster aufgezeigt. Antriebe für

praktisches politisches Handeln sollten sich für die PDS aus den Positionen zur Aufnahme der Staaten Mittel- und Osteuropas in die EU ergeben Wenn ein gutes Drittel diesen Schritt befürwortet, 28% ihn nicht für gut halten und 36% sich nicht festlegen wollen, dann wird sichtbar, dass die einst relativ engen Beziehungen der DDR zu diesen Ländern sich nicht gleichwertig in einem positiven Verhältnis zu den künftigen Mit-EU-Bürgern niederschlagen. Vielmehr scheint der durch Konkurrenzdruck und Zukunftsangst geprägte kapitalistische Alltag eine kritische Distanz zu hinterlassen. Ein Vorzug des Beitrags von Gunnar Winkler liegt darin, dass der Autor vielfältige Anregungen für die Lösung der Probleme gibt, die sich aus der Wirkung der EU im Alltag ihrer Bürger ergeben. So soll diese Veröffentlichung mithelfen, mehr Informationen und Erkenntnisse über die EU zu vermitteln, und dazu beitragen, alle Bemühungen der PDS im europäischen Kontext mit den konkreten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zu verbinden und linker sozialistischer Politik weitere Handlungsspielräume zu eröffnen.

## **Inhalt:**

Hans Modrow

### **Geleitwort**

Henning Nase

Die Europäische Union im Alltag der Bürger

#### **1. Die Erwartungen der Bürger**

Der Stellenwert der EU im Leben der Bürger / Demokratie und Interessenvertretung / Die Rolle der Institutionen / Die Zukunft der EU / Aufgaben, Wirksamkeit, Beschlussfassung über die Gemeinschaftspolitik / Negative Einstellungen zur Liberalisierung der Märkte und zur Globalisierung / Der Euro – eine Erfolgsstory? / Schlussfolgerungen für die Europäische Linke

#### **2. Die Geschichte der Europäischen Union**

Das Entstehen gemeinschaftlicher Institutionen / Die Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) / Die Umwandlung in eine Europäische Gemeinschaft (EG) / Die Europäische Union (EU) / Auf dem Weg zu einer Europäischen Verfassung

#### **3. Ziele und Institutionen der Europäischen Union**

Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union / Das Europäische Gesellschaftsmodell / Die europäischen Institutionen – Arbeiten im Interesse der Bürger?

#### **4. Der Binnenmarkt – eine Baustelle**

Der unvollkommene Binnenmarkt im Jahre 2003 / Liberalisierung als Schwerpunkt der aktuellen Wettbewerbspolitik / Vom Binnenmarkt zum Heimatmarkt / Der Nutzen des Binnenmarktes / Position der Europäischen Linken

#### **5. Ausgewählte Politikbereiche der Europäischen Union**

Die gemeinsame Agrarpolitik – nur Geldverschwendung? / Die Regionale Strukturpolitik der Gemeinschaft – Förderung des Zusammenhalts? / Die Umweltpolitik / Die Verbraucherpolitik / Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik / Die Justiz- und Innenpolitik

#### **6. Die Rolle der Mitgliedstaaten der Europäischen Union**

Entscheidungsstrukturen / Die Rolle der Mitgliedstaaten / Exkurs: Die deutsche Europapolitik / Die Umsetzung und Anwendung des Gemeinschaftsrechts

#### **7. Die Methoden europäischer Politik**

Konzepte und Methoden der europäischen Integration / Zusammenfassung

Jörg Roesler

Die EU im Alltag der Bürger Brandenburgs – die Sicht von unten

#### **1. Zwölf Jahre Erfahrung der Brandenburger mit der EG/EU**

Die Einbeziehung der "neuen Bundesländer" in die EG/EU als deren "erste Osterweiterung" / Möglichkeiten der geregelten Einflussnahme auf die EU auf Landesebene / Die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Europapolitik durch Kreise und Kommunen im heutigen Grenzgebiet / Die erfahrbaren Auswirkungen der EU-Politik auf den einzelnen Bürger und dessen Möglichkeit, die Europapolitik unmittelbar zu beeinflussen

#### **2. Die EU-Osterweiterung: Die zu erwartenden Auswirkungen auf den Alltag der Bürger**

Voraussichtliche Auswirkungen auf Deutschland im Allgemeinen und Brandenburg im Besonderen / Zum Verhältnis von Belastungen und Begünstigungen für die Brandenburger / Wirkungen auf die Bevölkerung der grenznahen und die grenzfernen Kreise Brandenburgs / Auswirkungen auf verschiedene Gruppen von abhängig Beschäftigten und Selbständigen in Brandenburg / Auswirkungen auf die Konsumenten in Brandenburg / Nur in Befürchtungen voreinander vereint? / Die Probleme der Brandenburger mit ihren östlichen Nachbarn ohne EU-Osterweiterung

#### **3. "Wer sich nicht bewegt, hat schon verloren":**

Herausforderungen durch EU-Mitgliedschaft und bevorstehende EU-Osterweiterung

Literatur

Gunnar Winkler

Überlegungen zur Europäisierung der nationalen und subnationalen Identitäten in den neuen Bundesländern

1. Identifikationen zu Ostdeutschland, der Bundesrepublik und Europa relativ stabil

2. Ost-Identität – durch gegenwärtige Lebensverhältnisse geprägte regionale (subnationale) Identität
3. Die nationale Identität der Ostdeutschen
4. Subjektive Befindlichkeiten zum Zusammenleben von Deutschen und Ausländern
5. Haltung zu Ost-Europa
6. Ausblick

Anhang:

Lexikon der Europäischen Union

Quelle: <https://www.vsa-verlag.de/nc/detail/artikel/das-europa-der-buergerinnen/>